

## Damian Müller setzt auf Ständerat und Beruf

**FDP-Präsidium** Der Luzerner Ständerat Damian Müller interessiert sich vorderhand nicht für die Nachfolge der abtretenden FDP-Präsidentin Petra Gössi (Ausgabe von gestern). Der 36-jährige Hitzkircher sagt auf Anfrage, er wolle sich «weiterhin mit Herzblut für die Anliegen des Kantons Luzern einsetzen sowie meine politischen Aktivitäten und Schwerpunkte konsequent weiterentwickeln».

Ausserdem arbeite er als Milizparlamentarier an seinem beruflichen Standbein, so der 2015 erstmals in die kleine Kammer gewählte Hitzkircher.

### Gössi habe «Historisches geleistet»

Politsenrechtstarter Müller – er war mit 24 Jahren bereits Präsident der FDP Hitzkirch und wurde 2011 mit 27 Jahren auf Anhieb in den Kantonsrat gewählt – gilt wie Petra Gössi als einer der massgebenden Köpfe hinter dem am Sonntag an der Urne gescheiterten CO<sub>2</sub>-Gesetz. Die Schwyzerin hat laut Müller «Historisches geleistet», weil sie den Mut an den Tag gelegt habe, bei der FDP das Thema Umwelt- und Klimaschutz zu schärfen. (nus)

## Kanton will mehr öffnen als Bund

**Coronamassnahmen** Der Bundesrat hat den fünften Öffnungsschritt letzte Woche in die Vernehmlassung bei den Kantonen geschickt. Der Luzerner Regierungsrat unterstützt die vom Bund vorgeschlagenen Öffnungen, möchte aber punktuell weiter gehen.

In folgenden Bereichen will der Regierungsrat vorwärts machen: So sollen die Kapazitätsbeschränkungen im Detailhandel aufgehoben werden, sofern die Maskentragpflicht bestehen bleibt. In Restaurants soll auf eine maximale Anzahl Gäste pro Tisch verzichtet werden. Bei privaten als auch öffentlichen Veranstaltungen sollen unter bestimmten Voraussetzungen weniger strenge Regeln gelten als vorgeschlagen. Und die Homeofficepflicht soll aufgrund der zunehmenden Durchimpfung aufgehoben werden.

### Zwei Unternehmen führen internes Impfzentrum ein

Beim Impfen hat der Kanton derweil ein Pilotprojekt gestartet. Die Firma Anliker wie die CPH Gruppe am Standort Perlen (Perlen Papier AG und Perlen Packaging AG) haben in den letzten Wochen Erfahrungen gesammelt beim freiwilligen Testen ihrer Mitarbeitenden auf Covid-19. Jetzt richten sie jeweils ein betriebsinternes Impfzentrum ein, teilt der Kanton Luzern mit. «Die Impfung in den Betrieben ist eine weitere Möglichkeit, um die Immunisierung der Bevölkerung zu erhöhen», sagt Regierungsrat Guido Graf. Die Impfungen in den beiden Betrieben starten Ende Woche und sind für die Angestellten freiwillig und gratis. (jwe/zfo)

# Gleichstellung: So soll's klappen

Gut 60 Massnahmen hat die Regierung zur Gleichstellung von Frauen, Männern und LGBTI-Personen definiert.

**Livia Fischer**

Anlässlich des Frauenstreiks hat die Luzerner Regierung vorgestern einen Entwurf des Planungsberichts zur Gleichstellung von Frauen und Männern sowie LGBTI-Personen (lesbische, schwule, bisexuelle, trans und intergeschlechtliche Menschen) in die Vernehmlassung gegeben. Folgende Ziele sollen bis 2025 erreicht werden:

– **Förderung der wirtschaftlichen Autonomie** durch faire Arbeitsbedingungen, gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben, Lohngleichheit und Bekämpfung von Armut – unabhängig von Geschlecht, Zivilstand oder familiärer Situation.

– **Bessere Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben** durch Kinderbetreuungsstrukturen, die auf die Bedürfnisse der Familien ausgerichtet sind.

– **Vielfältigere Ausbildungs- und Berufsverläufe** der Luzerner Bevölkerung durch die Sensibilisierung und Information von Fach- und Beratungspersonen.

– **Verbesserung der Sicherheit** der Luzerner Bevölkerung durch koordiniertes Vorgehen gegen geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen, Männer und LGBTI-Personen sowie leichten Zugang zu Anlaufstellen für Betroffene.

– **Signalwirkung des Kantons als Arbeitgeber** durch die För-



Dieses Symbol repräsentiert auch trans und nicht-binäre Personen. Bild: Dominik Wunderli (Luzern, 14. Juni 2021)

derung der Chancengleichheit aller Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung und als Dienstleister durch die Anerkennung der Vielfalt der Luzerner Bevölkerung in seiner Kommunikation und Dienstleistungskultur.

Um diese Ziele zu erreichen, hat der Kanton die 60 neue und laufende Massnahmen ausgearbeitet. So will er künftig etwa regelmässig Kurse für Lohnverhandlungen für Frauen organisieren und ein vereinfachtes Verfahren für die Vornamensänderung für trans Personen prüfen. Weiter

sollen Mitarbeitenden, insbesondere Führungskräften, Weiterbildungen zum Gleichstellungsgeleit sowie zur sexuellen und sexistischen Belästigung am Arbeitsplatz angeboten sowie Daten bezüglich LGBTI-feindlicher Gewalttaten erfasst werden.

### Es hagelt schon erste Kritik am Planungsbericht

Dem Bericht liegt eine Studie zum Stand der Gleichstellung der Hochschule Luzern zugrunde. Zu deren wichtigsten Erkenntnissen gehört, dass im Kanton Luzern die Armutsquote der Frauen (8

Prozent) über derjenigen der Männer (5 Prozent) liegt, womit die hiesige Situation schlechter ist als im Schweizer Schnitt (8,2 zu 7,6 Prozent). Dies hängt damit zusammen, dass unbezahlte Hausarbeit in der Zentralschweiz (67 Prozent) noch häufiger allein bei Frauen liegt als in der Gesamtschweiz (63,7 Prozent).

Was leitende Funktionen angeht, sind diese schweizweit zu 36 Prozent von Frauen besetzt, in Luzern nur zu 32 Prozent. Obwohl beim Kanton insgesamt gleich viele Frauen wie Männer dort angestellt sind, sind nur

sechs von den 34 Dienststellenleitenden weiblich. Punkto Lohnungleichheit nehmen acht von zehn Erwerbstätigen in der Zentralschweiz eine allgemeine Lohnungleichheit zu Ungunsten der Frauen wahr. Auffallend ist, dass die Lohnunterschiede nach Geschlecht hierorts höher sind als in der gesamten Schweiz.

Eine weitere Erkenntnis: Die öffentliche Kommunikation staatlicher Stellen ist von stereotypen Darstellungen geprägt. Die Studie kommt zum Schluss, dass es «an wertschätzenden Darstellungen» von Minderheiten wie Menschen of Color, jenen mit Migrationshintergrund, LGBTI-Personen und Leuten mit Beeinträchtigung fehle.

Umso erfreulicher ist es, dass sich der Planungsbericht auf die Gleichstellung von LGBTI-Personen ausdehnt. Das teilte denn auch SP-Grossstadträtin Maria Pilotto im Namen des Komitees Frauenstreik Luzern in einer ersten Stellungnahme mit. Überhaupt enthalte der Bericht «viele an sich begrüßenswerte Massnahmen». Pilotto stört sich aber daran, dass mehrere davon nur als Prüfaufträge aufgeführt sind und bezweifelt, dass die 150 000 Franken, die für die Umsetzung neuer Massnahmen ab 2023 vorgesehen sind, ausreichen. Wie der Regierungsrat festhält, wird der definitive Mittelbedarf nach der Vernehmlassung, die im September endet, bestimmt. Den bereinigten Planungsbericht will er dann Ende 2021 verabschieden.

## Gastkolumne Stadtentwicklung

# Umdenken in der Architektenschaft

Es tut sich was! In Den Haag wurde letzte Woche mit Shell erstmalig ein privater Grosskonzern von einem Gericht dazu verurteilt, seine Emissionen in den kommenden neun Jahren um 45 Prozent zu verringern. Das Besondere daran: Diesmal geht es nicht um Schadensersatz, sondern das Gericht in Den Haag verlangt von Unternehmen proaktives Handeln bei der Reduktion von Treibhausgasen. In Deutschland wiederum hat das Bundesverfassungsgericht (BVG) letzten Monat entschieden, dass Klimaschutzziele der Bundesregierung nicht mit den Grundrechten vereinbar sind, weil «hinreichende Massnahmen» zur Erreichung der Emissionsreduktion bis 2030 fehlen. Der Grund dafür: Ohne konkrete Schritte würden nachfolgende Generationen massiv in ihren Freiheitsrechten eingeschränkt. Ähnliche Urteile könnten bald in der Schweiz und gegen Schweizer Unternehmen gefällt werden. Der Zug mit Ziel Klimaneutralität ist losgefahren.

Aber auch ohne Gerichtsurteile gilt: Wer weniger Staat will,

muss eigenverantwortlich handeln. Dies umso mehr, als die Verantwortung kommende Generationen einschliesst. Gelingt es uns nicht rechtzeitig, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu beschränken, drohen massive Einschränkungen unserer Freiheitsrechte, denn «nahezu alle Bereiche des menschlichen Lebens sind mit der Emission von Treibhausgasen verbunden», so das BVG in seiner Begründung. Wir müssen somit alles hinterfragen, was uns lieb und teuer geworden ist. Unsere Gewohnheiten und Weltbilder geraten ins Wanken.

Auch die Stadtentwicklung ist von klimabedingten Veränderungen nicht ausgenommen und gefordert: Hitzetote, Verkehrskollaps, Enge statt Dichte, Mangel an bezahlbarem Wohnraum oder der Verlust an Biodiversität sind nur einige Indikatoren einer falschen Entwicklung. Diese wird unser Planen und Bauen verändern und auch hierzulande zu einem Umdenken in der Architektenschaft führen. Der Bund Deutscher Architekten zum Beispiel fordert jetzt

schon: Wer ein Gebäude abreisst, soll nachweisen, dass eine Weiterverwendung nicht möglich oder sinnvoll ist, ansonsten soll der Abbruch den Verlust steuerlicher Vorteile mit sich bringen. Auch der Bau soll sich also zur Kreislaufwirtschaft bekennen. Und das ist gut so, fallen hier doch über 50 Prozent des Abfalls an; in Deutschland spricht man von jährlich 222 Millionen Tonnen Bauschutt. Wir können davon ausgehen, dass weitere Verschärfungen von Reglementen und Verordnungen getreu dem Verursacherprinzip folgen. Das bedeutet: Jedes Bauvorhaben wird sich künftig über den Mehrwert für den Ort und die Gesellschaft legitimieren müssen. Da werden es Zonen für Einfamilienhäuser aufgrund der ökologischen Belastung schwer haben, bewilligt zu werden. Bauen mit Beton wiederum wird zum Luxus, denn das Material produziert bei der Herstellung grosse Mengen an Treibhausgasen.

Die Klimaveränderung verändert unseren Alltag und unsere Städte. Einfach wird das nicht, und es braucht Innovation,

Zusammenarbeit und gesellschaftlichen Diskurs, um zu guten Lösungen zu kommen. Wenn dies aber gelingt, so ist die Bewältigung der Klimakrise letztendlich ein riesengrosses, nahezu unerschöpfliches Konjunkturprogramm, das einen Konsens über viele Bereiche der Gesellschaft erforderlich macht. Beinhaltet es doch nicht weniger als den Umbau der Stadt und die Neugestaltung ihrer Funktionen, von Versorgung über Mobilität, Wohnen, Arbeiten, Bildung, und Gesundheitsvorsorge bis hin zur Freizeitgestaltung. Die Entwicklung der Corona-Impfstoffe zeigt uns eindrucksvoll, wie wertvoll, sinnstiftend und gleichzeitig auch gewinnbringend die Zusammenarbeit von Privatwirtschaft, staatlichen Stellen und Wissenschaft sein kann und wie schnell Lösungen gefunden werden können. Davon profitieren auch die Städte, in denen unsere Kinder künftig einmal leben werden.

Innovation kann nur dort entstehen, wo sie willkommen geheissen wird. Verabschieden wir uns also von Ideologien.

Setzen wir stattdessen unsere Energie in die Entwicklung von Lösungen ein. Unterschiedliche Meinungen, die auf Respekt und Wertschätzung basieren, sind dabei essenziell. Wir müssen lernen, wieder aufeinander zuzugehen und nicht nur Gebäude, sondern eine Kultur des Miteinander-Wollens aufzubauen. Schliesslich ist die Gesundung des Planeten eine Aufgabe, die uns alle angeht. Der Zug der Zeit ist nicht zu stoppen und – ganz im Sinne von Dwight D. Eisenhower – legt sich kein vernünftiger Mensch auf die Schienen der Geschichte und wartet, bis ihn der Zug der Zukunft überfährt.



**Prof. Dr. Peter Schwehr**  
kanton@luzernerzeitung.ch

Peter Schwer ist Leiter des Kompetenzzentrums Typologie & Planung in Architektur der Hochschule Luzern – Technik & Architektur